



Service | Pressemitteilungen und Reden | Reden | Brigitte Zypries

Innovationen fördern - Innovationen schützen

Berlin, 25. April 2007

Rede der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries (MdB), beim „G 8 Business Summit des Bundesverbandes der deutschen Industrie am 25. April 2007 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

„Innovationen fördern – Innovationen schützen“ – unter diesem Motto hat die deutsche G8-Präsidentschaft den Schutz des geistigen Eigentums zu einem Schwerpunktthema gemacht. Dieses Engagement ist auch notwendig, denn Marken- und Patentverletzungen sowie Raubkopien haben in erschreckendem Maße zugenommen. Fachleute gehen davon aus, dass dadurch allein in Deutschland rund 70.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Aber dies ist ein globales Problem, von ihm sind wegen ihrer hohen Innovationskraft alle G8-Staaten betroffen. Auch wenn die Folgen der Piraterie die gesamte Volkswirtschaft eines Landes schädigen, zunächst treffen sie einzelne Unternehmen. Deshalb geht dieses Thema auch die Wirtschaft selbst an, und deshalb danke ich dem Bundesverband der Deutschen Industrie für die Organisation dieser Konferenz. Sie zeigt, wie sehr sich auch die Wirtschaft dem Schutz des geistigen Eigentums verpflichtet fühlt.

„Innovationen fördern – Innovationen schützen“ – der Zweiklang dieses Mottos macht deutlich, dass der Schutz guter Ideen und die Förderung neuer Ideen zwei Seiten einer Medaille sind: Nur dort, wo Rechte des geistigen Eigentums wirksam geschützt sind, lohnt es sich zu forschen, Ideen zu entwickeln und sie in marktfähige Produkte umzusetzen. Diesen Zweiklang von Innovationsschutz und Innovationsförderung müssen wir bei allen unseren Anstrengungen beachten. Er spiegelt sich auch in der Auswahl der Projekte wieder, die wir im Kreise der G8-Staaten angehen werden und zum Teil auch schon begonnen haben.

Wie immer, wenn man etwas verbessern will, sollte man zunächst die Schwachstellen definieren: Wir müssen also feststellen, wie geistiges Eigentum verletzt wird und welche konkreten Auswirkungen dies auf die Wirtschaft und die Verbraucher hat. Es ist deshalb gut, dass demnächst die OECD eine Studie zu den Auswirkungen der Produktpiraterie vorlegen wird. Auf ihrer Basis können wir prüfen, wo wir noch Defizite haben und wo noch mehr Anstrengungen nötig sind.

Schon jetzt kann man sagen, dass ein wichtiger Baustein die verstärkte Zusammenarbeit der G8-Partner untereinander sein wird. Wir wollen etwa die Kooperation der nationalen Zollbehörden verbessern und dafür haben wir jetzt Guidelines formuliert, die wir beim G8-Gipfel in Heiligendamm verabschieden werden. Unser Ziel ist, Transportrouten gefälschter Produkte in Zukunft besser identifizieren zu können und sie dann auch zu blockieren. Dabei können wir die Erfahrungen, die wir bei der Drogenbekämpfung gemacht haben, auch für die Bekämpfung der Produktpiraterie fruchtbar machen. Wie gut eine enge Kooperation nationaler Behörden funktionieren kann, haben wir erst in der vergangenen Woche wieder gesehen. In der sogenannten „Operation Diabolo“ haben 300 Zollbeamte aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammengearbeitet. Durch ein abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen ist es ihnen gelungen, mehr als eine halbe Million gefälschter Markenprodukte zu beschlagnahmen.

Für die bessere Zusammenarbeit der nationalen Zollverwaltungen im Kreis der G8-Staaten ist die Verbesserung des Datenaustausches zwischen diesen Staaten wichtig. Dazu wollen wir ein neues Informationssystem mit dem Namen „Info IPR“ schaffen. IPR steht dabei für Intellectual Property Rights. Dabei wollen wir auch die bestehende Datenbank bei der Weltzollorganisation einbeziehen. Insbesondere durch eine Standardisierung von Daten sollen Informationen in Zukunft unkomplizierter und schneller ausgetauscht werden können.

Wir brauchen aber nicht nur eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden, wir müssen auch prüfen, ob wir mit den Mitteln des Strafrechts das geistige Eigentum effektiv genug schützen. Hier hat Deutschland ein Projekt auf den Weg gebracht, das bereits im Rahmen der G8-Staaten läuft. Wir benennen konkret, wie die jeweilige nationale Situation der Strafverfolgung aussieht und welche Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden bestehen. Ich bin mir sicher, dass uns ein solcher Erfahrungsaustausch neue Impulse und Anregungen für die Verbesserung der nationalen Arbeit geben kann.

Meine Damen und Herren,

für den Schutz des geistigen Eigentums reicht es aber nicht aus, wenn nur die G8-Staaten untereinander eng zusammenarbeiten. Wir müssen auch unsere Kooperation mit den Entwicklungs- und Schwellenländern vertiefen. Wir müssen ihnen helfen, damit sie selbst in der Lage sind, Produktpiraterie im eigenen Land wirksam zu bekämpfen. Wir

können etwa Aufklärungskampagnen unterstützen, beim Behördenaufbau helfen oder die Ausbildung von Beamten und Justizpersonal fördern. Dies tun wir zum Beispiel im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs. In diesem Jahr ist auch beim deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog der Schutz des geistigen Eigentums das Schwerpunktthema. Seit 1999 besteht ein intensiver Austausch zwischen dem Bundesjustizministerium und dem Rechtsamt beim Staatsrat der Volksrepublik China – jeweils mit zahlreichen Veranstaltungen das ganze Jahr über und einem Treffen der Minister.

Im Rahmen der OECD werden wir einen Dialog über den Schutz des geistigen Eigentums mit den sogenannten O5-Staaten anregen, also mit Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Dabei wollen wir vor allem deutlich machen, welche große Bedeutung der Schutz des geistigen Eigentums gerade für wachstumsstarke Volkswirtschaften hat, die zum Sprung auf den Weltmarkt ansetzen. An dieser Stelle wird der Zweiklang unseres Mottos wieder ganz anschaulich: Es geht nicht nur darum, Innovationen zu schützen, sondern wir wollen sie dadurch auch fördern.

Meine Damen und Herren,

zu Beginn habe ich darauf hingewiesen, dass die ersten, die unter Produktpiraterie zu leiden haben, die betroffenen Unternehmen und ihre Mitarbeiter sind. Neben dem Staat kommt daher auch der Wirtschaft selbst eine ganz entscheidende Bedeutung beim Kampf gegen Produktpiraterie zu. Das deutsche Wirtschaftsministerium hat dazu gemeinsam mit Vertretern der deutschen Wirtschaft ein Strategiepapier entwickelt. Es enthält einen Katalog von „best practices“, was betroffene Unternehmen selbst tun können, um sich vor Piraterie noch besser zu schützen. Unsere G8-Partner haben auf unsere Initiative hin das Papier durch ihre Erfahrungen bereichert. Dieses Projekt ist Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung von Politik und Wirtschaft für den Schutz des geistigen Eigentums – und deshalb besonders zu begrüßen.

Ein Vorschlag, der in dem Papier gemacht wird, ist eine engere Kooperation zwischen den Wirtschaftsverbänden der G8-Staaten und jenen der Schwellenländer. Ein hervorragendes Beispiel hierfür stammt aus der Textilbranche. Der deutsche Gesamtverband Textil und Mode hat im vergangenen Jahr mit dem entsprechenden chinesischen Spitzenverband eine Vereinbarung abgeschlossen. Darin werden Verletzungen des geistigen Eigentums ausdrücklich verurteilt, und die Verbände verpflichten sich, den Schutz des geistigen Eigentums in ihren nationalen und internationalen Lobby-Aktivitäten zu fördern. Für den Fall, dass die Spitzenverbände einen Verstoß gegen geistige Eigentumsrechte bei einem ihrer Mitgliedsunternehmen beobachten, werden sie dagegen vorgehen. Sie werden sich auch gegenseitig informieren, wenn sie Rechtsverstöße beobachten, in die deutsche und chinesische Unternehmen verwickelt sind und sie wollen sich gegenseitig bei der Aufklärung offener Fälle unterstützen. Dies ist ein wirklich gutes Beispiel und ich hoffe, dass dieses Beispiel und unser Strategiepapier dazu beiträgt, dass künftig noch mehr solcher Vereinbarungen abgeschlossen und auch in der Praxis mit Leben gefüllt werden.

Meine Damen und Herren,

mancher deutsche Teilnehmer dieser Konferenz wird in meinen Ausführungen vielleicht einen Hinweis auf das Zivilrecht vermisst haben. Tatsächlich wird in Deutschland das geistige Eigentum durch das Zivilrecht besonders effektiv geschützt, also dadurch, dass ein Betroffener selbst gegen einen Schädiger vor Gericht zieht und auf Unterlassung und Schadensersatz klagt. Dieses Thema habe ich nicht etwa aus den Augen verloren. Ganz im Gegenteil: Es wird bei der Konferenz der G8-Justizminister Ende Mai in München im Mittelpunkt stehen, und ich werde es mit meinen Kollegen intensiv diskutieren. In Deutschland wird heute in Form von zivilrechtlichen Eilverfahren ein Großteil aller Verfahren im gewerblichen Rechtsschutz durchgeführt und endgültig erledigt. In den meisten Fällen entscheidet das Gericht innerhalb von wenigen Stunden. Kein anderes Instrument hat sich als schneller, effektiver und flexibler erwiesen. Da es mit einem geringen administrativen Aufwand auskommt, eignet es sich besonders, den Schutz des geistigen Eigentums in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Wenn wir etwas für den Schutz des geistigen Eigentums tun wollen, dann müssen wir diese Länder also auch beim Ausbau ihres Zivilrechts unterstützen.

Meine Damen und Herren,

ich meine, dieser kurze Überblick hat gezeigt, dass die Aktivitäten der deutschen G8-Präsidentschaft viele Facetten haben, wenn es um den Schutz des geistigen Eigentums geht: Die bessere Kooperation der G8-Staaten untereinander und eine stärkere Zusammenarbeit mit den Schwellenländern, mehr Effizienz des Behördenhandelns und einen wirksamen Zivilrechtsschutz. Alles dies sind Bausteine, für den erfolgreichen Schutz des geistigen Eigentums. Wir haben in der Vergangenheit bereits große Anstrengungen unternommen und wir werden darin auch nicht nachlassen. „Innovationen fördern – Innovationen schützen“, denn: „Kopien brauchen Originale“, das ist unser Auftrag, und Politik und Wirtschaft müssen dabei an einem Strang ziehen.

Diese Seite ist Teil des Webangebotes des Bundesministeriums der Justiz. © 2007. Alle Rechte vorbehalten.

Herausgegeben vom Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Justiz
Verantwortlich: Eva Schmierer; Redaktion: Dr. Juliane Baer-Henney, Johannes Ferguson, Dr. Henning Plöger,
Christiane Wirtz
Mohrenstr. 37 · 10117 Berlin · Telefon 01888 580-9030 · Telefax 01888 580-9046 ·
<http://www.bmj.bund.de> e-mail: presse@bmj.bund.de